Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. August 1928
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 292—8949. Postscheck Berlin Nr. 107104. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch
Kraft und Stoff · Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 35 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
Nr. 396
10 Pfennig

Vor Paris

Dr. F. K. Das Reichskabinett wird heute nachmittag entscheden, wer die Leitung der Deutschen Delegation in Genf an Stelle des Reichsaußenministers Dr. Stresemann übernehmen wird. Für uns kann kein Zweifel sein, daß Reichskanzler Müller als erster deutscher Delegierter nach Genf fahren sollte. Der Gegenseite muß jeder Vorwurf genommen werden, unter dem sie sich politischen Entscheidungen entziehen könnte. Herr Müller ist zudem der Führer der größten deutschen Partei, der Sozialdemokratie, und spricht als solcher mit besonderer Autorität. Es kommt hinzu, daß die außenpolitische Situation sich in einem Stadium der Reife befindet, und daß es im Interesse des deutschen Volkes, aber auch ganz Europas liegt, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und einwandfreie Tatbestände festzustellen. Aus den Massen der sozialdemokratischen Wählerschaft, die keineswegs in allem mit einer intellektualistischen Führerschaft gleichhinsehen sind, drängen nationale Zuspitze, und es wäre ein Fehler, diesen wichtigen Faktor ungenutzt zu lassen.

Der Genfer Tagung geht in Paris die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes voraus. Nach einer Reuter-Meldung, die offenbar nicht den Zweck hat, die Situation zu erleichtern, ist zu ersehen, daß von der deutschen Regierung angekündigt worden ist, der Reichsaußenminister werde in Paris, oder der deutsche Delegierte in Genf, die Frage der Rheinlandräumung zur Sprache bringen. Diese Meldung ist an sich offenbar richtig, und ihre Wichtigkeit kann nicht unterschätzt werden. Welche diplomatische Lage finden wir vor, und welches ist die Bedeutung des angekündigten deutschen Schrittes?

Ein französischer Witzbold hat unlängst gesagt, Herr Briand pflege zu antworten: „Oui, mais . . ." Herr Poincaré: „Non, parce que . ." Wir halten die These für völlig richtig, daß die französische Regierung, insbesondere Herr Poincaré, die Frage der Rheinlandräumung unter dem Gesichtspunkt der Reparationen ansieht. Frankreichs leitender Staatsmann betrachtet nach seiner ganzen geistigen Konstitution das Rheinland — „Pfand" nach dem Muster des Ruhrpfandes. Daß die Besetzung des Rheinlandes militärisch Wert und Sinn verloren hat, weiß er ganz genau. Die von Illusionen genährte Kampagne eines Teiles der deutschen Oeffentlichkeit für sofortige Rheinlandräumung ist ihm insofern nicht unerwünscht, als das Gewicht des Pfandes in seiner Hand dadurch natürlich wächst. In wenigen Tagen wird nun die letzte Probe aufs Exempel gemacht werden. Wir müssen aus der Atmosphäre der Zweideutigkeit und Unaufrichtigkeit heraus und klare Verhältnisse schaffen. Wir müssen eine Antwort auf die vor vielen Monaten gestellte Frage: „Gallia, quo vadis?" erhalten, eine Antwort, an der nicht gedreutelt werden kann, und aus der die deutsche Politik die Konsequenzen zu ziehen hat.

Nun ist der französische Standpunkt, zunächst die ganze Räumungsfrage auf die zweite Zone zu beschränken, aber auch diese zweite Zone nicht etwa mit einer politischen Geste aus der Hand zu geben, sondern nur gegen konkrete deutsche Gegenleistungen. In dieser Frage besteht jedoch tatsächlich in der deutschen Oeffentlichkeit vollkommene Uebereinstimmung. Die Franzosen wollen im fünften Akt des Theaterstücks ein Billet zum vollen Eintrittspreise verkaufen. Solche Geschäfte machen wir nicht. Es lohnt gar nicht, darüber zu sprechen. Frankreich hat den Zeitpunkt versäumt, aus der Räumung der zweiten Zone einen Kitt der Verständigungspolitik zu machen — verpaßte Gelegenheiten kehren nicht wieder.

Ueber die Gesamträmung allein können wir sprechen. Die französischen Bedingungen, wie sie etwa der „Daily Telegraph" in fünf Punkten formuliert hat, sind nach der Angabe des englischen Blattes selbst unannehmbar. Eine ständige internationale Kontrolle im Rheinland kommt nicht in Frage. Wir wissen nicht einmal, ob die deutsche Oeffentlichkeit heute noch zu dem Angebot stehen könnte, das der Reichsaußenminister in offener Reichstagssitzung hinsichtlich einer bis 1935 begrenzten Kontrolle gemacht hat. Das gesamte rechte Rheinufer — das linke Rheinufer, soweit es noch reichsdeutsch ist, sind bekanntlich für „ewige Zeiten" entmilitarisiert und neutralisiert worden. Das Deutsche Reich darf hier keine Befestigungen anlegen und keine Garnisonen halten. Ein wirkliches Friedenswerk könnte aus diesen geschichtlichen Gebiete nur dann erwachsen, wenn entsprechend dieser entmilitarisierten Zone auf deutscher Seite eine Neutralität und Entmilitarisierung eines gleichen französischen und belgischen Grenzstreifens erfolgen wird. Wir halten diesen Gedanken in der „DAZ" schon wiederholt vertreten, und wir glauben, daß darauf ein Programmpunkt für die bevorstehenden Verhandlungen gemacht werden müßte. Das wäre in der Tat ein Beweis der Friedensliebe Frankreichs, den niemand verteuern könnte. Wir müssen endlich in der deutschen Politik dazu übergehen, uns derselben realistischen Mittel zu bedienen, die unsere Gegner gegen uns anwenden. Wir haben es nicht mit Vaisisten und Schwärmern zu tun, sondern mit einer von Poincaré geführten geschlossenen Front.

Was die vier andern Punkte betrifft, so sind zwei davon Wünsche Polens und Belgiens. Die letzte Zaleski-Rede ist noch lange nicht gehalten. Wir werden hinsichtlich des berühmten Ost-Locarnos noch schwerlich Druck geltend werden. Auch in dieser Frage gibt es glücklicherweise eine deutsche Einheitsfront, und Herr Zaleski sollte sich daher die Bemühungen sparen. Belgien macht finanzielle Forderungen aus der Besetzungszeit geltend, über die wir uns hier nicht zu äußern brauchen. Schließlich wird, immer nach dem „Daily Telegraph", der Verzicht auf den Anschluß verlangt, eine völlige Absurdität, über die gerade die deutsche Sozialdemokratie nicht hinweggekommen kann. Der letzte Punkt betrifft wieder die Mobilisierung von Dawes-Obligationen. Daraus ist nach Thoiry nichts geworden, und wir sehen nicht, daß sich die Aussichten einer solchen Lösung sich wesentlich verbessert hätten.

Aber nicht die Einzelheiten sind das wichtigste. Die gesamte weltpolitische Situation hat sich durch den Abschluß einer englisch-französischen Entente verändert. Die englische Politik hat ihre Beziehungen zu Italien, die französische das Verhältnis zu Deutschland in die Wagschale geworfen, um einerseits gegenüber den Vereinigten Staaten, andererseits im Mittelmeer und im Donaubecken einen Akkord zu schaffen. Was Europa betrifft, kann diese Uebereinkunft kaum anders denn als Befestigung der französischen Sache über das Festland bezeichnet werden. Die britische Politik glaubt ihr Ziel der Ruhe auf dem Kontinent durch deutschen Verzicht gewährleistet. Sie befürchtet auf der andern Seite eine zu enge Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich und zieht es daher vor, den Mächten noch mächtiger, und den schwachen noch schwächer zu machen. Wir lehnen die Aufforderung der Agence Havas glattweg ab, von deutscher Seite Vorschläge für die Räumung des Rheinlandes zu formulieren. Es kann sich nur darum handeln, in Paris und Genf die Bedingungen authentisch und unmißverständlich festzustellen, unter denen von seiten unserer Gegner darüber zu sprechen ist.

Die deutsche Oeffentlichkeit macht sich über diese Bedingungen nicht die geringsten Illusionen, am wenigsten, wenn sie die ungeheure Beteiligung englischer Truppen an den französischen Manövern im Rheinland und die allgemeine weltpolitische Aussprache in Betracht zieht, die Herr Berthelot in London eingeleitet hat. Wir unterzeichnen in Paris in Verfolg einer großen Initiative der amerikanischen Regierung einen Pakt zur Kriegsächtung. In Wirklichkeit ist, jedenfalls in Europa, der Frieden geächtet, und an allen Grenzen flehen Flammenzeichen.

Frankreich lehnt Räumungsverhandlungen hartnäckig ab

Der Pfandcharakter der Rheinlandbesetzung

„Ohne deutsche Gegenleistungen keine vorzeitige Räumung"

fs. Paris, 24. 8. (Eigenbericht)

Der offiziöse „Petit Parisien" betont, daß im Laufe des gestrigen Ministerrats sich gezeigt hat, daß die französische Regierung ihren Standpunkt über die Frage der Rheinlandräumung nicht geändert hat. Die Besetzung des Rheinlandes stelle ein Pfand dar, das nicht aufgegeben werden könne ohne ergiebige Garantien für den Dawes-Plan. Im übrigen sei die französische Regierung stets der Ansicht gewesen, daß das Problem der Besetzung deutschen Gebietes keine ausschließlich französische Angelegenheit sei, sondern ein internationales Problem bedeute. Frankreich könne daher auch nicht in eine Aussprache nur zwei Mächten eingehen.

Das „Echo de Paris" hebt hervor, daß für den Fall, daß Dr. Stresemann die Frage der Rheinlandräumung aufrollen sollte, zu versehen gegeben werden wird, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes kein hierfür besonders geeigneter Anlaß sei. Poincaré selbst hingegen werde sich nicht mit einer negativen Haltung begnügen, sondern Stresemann erklären, daß die Räumung des Rheinlandes keineswegs außerhalb des gesamten Reparations- und Schuldenproblems behandelt werden könne. Von amerikanischer Seite gehe man sich ebenfalls in keiner Weise geneigt, diesen Weg zu betreten. Alle Minister, auch Briand, hätten sich diesem Standpunkt Poincarés angeschlossen, wobei Briand selbst hervorgehoben habe, daß er niemals anderer Meinung gewesen sei. Auch das führende Linksblatt, das „Oeuvre", betont, daß von einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes ohne deutsche Gegenleistungen keine Rede sein könne.

Landau, 24. 8.

Polizeikommissar Bauer wurde heute früh um 8½ Uhr aus der Haft entlassen. Er begab sich von hier nach Mannheim.

Ausdehnung des Kellogg-Paktes auf weitere 45 Nationen

Paris, 24. 8.

Staatssekretär Kellogg traf heute vormittag kurz nach 10 Uhr, von Le Havre kommend, in Souberaz auf dem Bahnhof Saint Lazare in Paris ein. Mit ihm zusammen kam der kanadische Premierminister Mackenzie King.

Die Herren wurden auf dem Bahnhof von Chef des Protokolls, dem Polizeipräfekten, dem amerikanischen Botschafter und dem Vertreter der kanadischen Regierung begrüßt.

*

ex. London, 24. 8. (Eigenbericht)

Staatssekretär Kellogg wurde gestern abend um 6 Uhr vom Bürgermeister von Plymouth in Europa willkommen geheißen. Die „Isle de France" hatte in Plymouth 1½ Stunden Aufenthalt vom Auslaufen der für England bestimmten Passagiere. Der Bürgermeister von Plymouth begab sich mit einer Kommission der Handelskammer an Bord und richtete eine Begrüßungsansprache an Kellogg.

Kellogg erwiderte, daß der Kriegsächtungsvertrag nicht das Werk einer einzelnen Nation sei, sondern das Werk vieler Nationen und vieler Männer. Sein Ursprung läge in dem Willen der Bevölkerung der ganzen Welt. Sie sehne sich heute danach, daß ein neues großes Unglück vermieden werde. Er glaube, daß dieser Vertrag ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Zivilisation sei und ein großer moralischer Schritt. Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King antwortete in einer ähnlichen Rede.

Anschließend an den Empfang versuchten englische Journalisten, Kellogg über die Nebenabsichten seines Besuches zu interviewen. Kellogg erwiderte, daß er auf See grundsätzlich keine Politik diskutiere. Er sei lediglich nach Europa gekommen, um den Kriegsächtungsvertrag zu unterzeichnen. Er habe nicht die Absicht, das englisch-französische Marineabkommen oder irgendwelche anderen politischen Dinge zu diskutieren. Er bedaure, leider keine Zeit zu haben, sich auf der Rückreise nach Irland in London aufzuhalten. Er müsse sofort wieder nach Washington, und das einzige, was seine Zeit gestatte, sei die Erwiderung des Besuches, den ihm der Präsident der irischen Republik in Amerika gemacht hätte.

Als die Journalisten mit weiteren Fragen auf ihn einstürmten, rief Kellogg in guter Laune den kanadischen Ministerpräsidenten zur Hilfe, dem er die Journalisten überließ, während er sich selbst unter Deck zurückzog.

Ein Sonderberichterstatter der „Times" hat die Reise von New York an Bord der „Isle de France" mitgemacht und berichtet, daß Kellogg die Absicht hat, den Vertrag auf weitere Nationen auszudehnen. Es sollen Einladungen an weitere 45 Nationen geschickt werden. Die Einladung an Sowjetrußland soll auf dem Wege über Frankreich erfolgen. Selbst Ecuador, das die Vereinigten Staaten erst kürzlich nach einem beinahe zehnjährigen diplomatischen Bruch wieder anerkannten, und das neue China, das die Vereinigten Staaten durch den Abschluß des neuen Vertrages de facto anerkannt haben, sollen Einladungen erhalten. Auch Mexiko und Nikaragua erhalten trotz der gespannten lokalen Lage eine Einladung. Außgedehnt wird ferner die amerikanische Einladung auf Aegypten, wodurch der englische Sondervorbehalt der Reichs-Monroe-Doktrin von Amerika beiseitegeschoben wird.

Die Ausdehnung der englischen Besatzungszone

Eine Entscheidung über die Ausdehnung der englischen Besatzungszone um 5 Kilometer nach Süden ist bisher noch nicht getroffen, doch wird von zurzeit über diese Grenze zwischen englischer und französischer Besatzung verhandelt. Innerhalb der verbreiterten englischen Zone liegt der Ort Erbenheim, der seit dem 1. April in den Erbenheimer Wiesbaden eingemeindet worden ist. Da mit Ausnahme von Erbenheim alle Vororte von Groß-Wiesbaden innerhalb der englischen Besatzungszone liegen, haben sich viele Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß Erbenheim in der französischen Besatzungszone liegt. Aus diesen Gründen hat die Stadtverwaltung Wiesbaden bei den zuständigen Behörden den Antrag gestellt, den neuen Stadtteil in die Zone der englischen Besatzung einzubeziehen.

W. T. B. meldet: Als Nachfolger des Oberbürgermeisters Schanz, des Leiters der berghauptmannschen Abteilung im preußischen Handelsministerium, wurde in diesen Tagen der jetzige Regierungspräsident Dr. Friedenburg genannt. Wie und Herr Dr. Friedenburg auf Anfrage mitteilt, hat er die zuständigen Stellen gebeten, seine auch schon in der Presse erörterte Berufung in das Handelsministerium nicht in Erwägung zu ziehen.

Zum Tage

* Staatssekretär Kellogg ist, von Le Havre kommend, in Paris eingetroffen.

*

* Der Internationale Studentenkongreß in Paris hat den Antrag über die Zusammenarbeit mit dem „Deutschen Studentenverband" mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen.

*

* Im französischen Reservistenlager in Bitsch haben 500 Reservisten gemeutert. Aktive Truppen weigerten sich, gegen die Meuterer vorzugehen.

*

* In das Wiener Landesgericht für Strafsachen ist in der Abteilung für politische Angelegenheiten eingebrochen worden.

*

* Die Sowjetregierung hat die Abberufung des finnischen Militärattachés in Moskau, Oberst Rejmeftas Wäinö, gefordert.

* Ausführliches siehe unten.

Minderheitenfragen vor der J.P.U.

Schiemann-Lettland verteidigt die Rechte der Minoritäten

Der zweite Sitzungstag der Interparlamentarischen Konferenz wies einen besseren Besuch auf als der Donnerstagnachmittag. Der Generalsekretär berichtete über die Entschließungsgeschreiben einer Anzahl ausgeschlossener Unionsmitglieder. Einen interessanten Beitrag zum Thema der Abrüstung lieferte die Mitteilung dreier Mitglieder der belgischen Gruppe, sie seien zu Hause unabkömmlich, da zurzeit in ihrem Lande das Militärgesetz beraten werde.

Bei Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs erklärte

Sakharoviu,

ein Mitglied der englischen Gruppe, er spreche vor dieser Versammlung als einziger Vertreter des Kommunismus. Die unsichtbaren Grenzen in allen Teilen Europas seien Quellen der Unzufriedenheit und Unruhe. Solange noch fremde Besatzungstruppen sich auf dem Hoheitsgebiet anderer Staaten befinden, müsse jeder Friedenspakt illusorisch sein.

Der ägyptische Kammerpräsident und Vorsitzende seiner heimischen Gruppe,

Wissa Wassef Bey,

beschwerte sich über die Unterdrückung des ägyptischen Parlaments. Er bestreite den englischen Anspruch auf Haltung einer Besatzung in Aegypten.

Der Vizepräsident der ungarischen Gruppe, der ehemalige Minister

Georg Lucas,

brachte die Gefühle der Liebe und Bewunderung seiner Nation gegenüber dem deutschen Volke zum Ausdruck. Der Redner beschäftigte sich mit dem Optantenstreit zwischen Ungarn und Rumänien.

Der Deutsch-Amerikaner

Richard Bartholdt

begründete in englischer Sprache den Entwurf eines Musterschiedsvertrages, den der Rechtsausschuß am 29. August beraten soll. Er stellte fest, daß bei der Abrüstung bisher keine wirkliche erzielt worden seien, weil die bewaffneten Völker die Abrüstung der übrigen unmöglich gemacht hätten. Von dem neuen Kellogg-Pakt sagte der Redner, er bedeute einen großen moralischen Fortschritt, hänge aber in der Luft, weil es keine Stelle gebe, um eine Durchführung zu erzwingen.

Im Auftrage der deutschen Minderheiten Europas behandelte das Mitglied der lettischen Delegation,

Schiemann,

die Minoritätenfrage. Er stellte fest, daß sich die Lage nicht nur der deutschen Minderheit, sondern der Minderheiten überhaupt verschlechtert habe. Die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien zeige keine Fortschritte. Der Redner kämme ein, daß die Zahl der Klagen beim Völkerbunde zurückgegangen sei; der Grund liege aber nicht in einem Mangel an Klagestoff, sondern in dem mangelnden Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbunde (stürmischer Beifall). Der Redner führt fort:

„Man verlangt von den Minderheiten Loyalität. Wenn man darunter gefühlsmäßige Einstellung zum Staate versteht, so wird sie niemals durch Zwang erreicht werden, sondern nur durch angemessene Behandlung. Man darf vor allen Dingen nicht verlangen, daß die Minderheiten ihre Muttersprache preisgeben."

Der Redner berichtete, daß die deutsche Minderheit in Lettland, obwohl sie 1918 ebenfalls nicht mit offenen Armen aufgenommen worden sei, die kulturelle Freiheit erhalten habe und heute treu zum lettischen Staate stehe. (Beifall.) Er regte an, zu den Berichten der einzelnen interparlamentarischen Gruppen Sonderberichte der Minderheiten beizufügen.

Eine ebenfalls höchst beachtliche und würdige Rede hielt der Präsident der österreichischen Gruppe

Dreyer.

Er stellte fest, daß Oesterreich, wie nach Jahren langer Erfahrung klar geworden sei, niemals ein selbständiger Staat werden könne; nur der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet kann ihm Rettung bringen. Der Redner richtete folgenden Appell an die ganze Welt:

Gebt dem kleinen Oesterreich den Weg frei, den es braucht, um sich gleichberechtigt einzureihen in die Reihe der Wirtschaftsnationen! (Lebhafter Beifall). Sie werden daran ein Beispiel dafür erleben, wie auch Europa gesunden könnte.

Ausländische Redner des ersten Tages

La Guardia (U. S. A.) — v. v. Berzeviczy (Ungarn) — Merlin (Frankreich) — Dr. Heemskerk (Holland)

Baccalaureus über Faust

Eine Abrechnung mit der grünen Literatur

Von **Rudolf Borchardt**

Stefan Georges sechzigster Geburtstag hat dem überraschten Deutschland nicht einen berühmten Mann geschenkt, sondern zwei. Rühmtgloss darüber, daß wir Wert Brecht bestehen, hatten wir in unserer verschiedenen Weise „Plan und wieder Plan", dahingelebt, während unter unseren Füßen vor neuer Erscheinung und Schöpfung bereits die Erde bebt; und nun hat sie sich aufgetan.

Der Herausgeber eines Berliner Literaturblattes, der gelegentlich des bemeldeten Geburtstags durch Umfrage eine Art von „Plebiszit über das „Jahr der Seele" und den „Siebten Ring" in Szene setzte, hat auch von Wert Brecht eine Antwort erhalten, eine sehr ungnädige allerdings, wie sie dem demiurgischen Selbstherrscher anteht. Er schreibt dem Befrager „Ziel und Ergebnis dieser Umfrage selber klär vor: „Ich werde," hoffe er, „erweisen, daß der Gistlisch dieser Schriftsteller auf die jüngeren heute ganz unbedeutend ist". Auch wie man auf die leichteste Manier zu einem solchen „Erweise" kommen könne, ist Wert Brecht, der schon in zarten Jahren in die Manufaktur von „Plebisziten" eingeweiht worden zu sein scheint, kein Geheimnis. Er empfiehlt dem Herausgeber, sich ausschließlich an die richtigen Leute zu wenden; nur dann werde — wie allerdings niemand bezweifeln kann —, dieser Erweis „glücken". Er selber wende gegen die Gedichte Georges nicht ein, „daß sie leer sind", „ich habe nichts gegen Leere" — was der Leser so verstehen muß, daß Wert Brecht allen Anlaß hat, der Leere den Charakter eines Vorwurfs zu nehmen; sie muß sich wohl mit dem demiurgischen Anstand „an sich" durchaus vertragen können.

Der Rest des Reflexpiels geht in die Summe aus: „So bietet George den Anblick eines Mißtäghungers, statt des vielleicht erstrebten eines Schauenden" —, und so dürfen wir hinzufügen, daß der Herausgeber, der den Begriff des „Plebiszites", allzu wörtlich nehmend, auf die Literatur-Plebs mit ausgedehnt hat, es diesem Pöbel keineswegs recht gemacht; denn was kann seinesgleichen je zu gutlich hoffen, solange eine gewaltige und vornehme Kraft unter uns lebt? Und was kann dieser Pöbel Gutes von dieser Gesinnung abzutragen hoffen, so lange man, statt alleine zu verfluchen, eben doch nur mitspricht! Die interessierten Schmeichler des Pöbels, die ihm gleiches Recht mit der Majestät des Geistes geben wollen, um dieser empfindlich zu machen, nennen bei ihm schon an. Er will die Diktatur, diejenige der „richtigen Leute". Von der bloßen Gleichberechtigung hat er gar nichts gehört, als den unterschiedlichen Ruhm, der sich eben in allen deutschen und deutschsprachlichen Organen, die die obigen pöbelhaften Auslassungen abgedruckt haben, unter seinem Namen geht.

Nur unter dem seinen? Der Verfasser dieser Zeilen, der eingezogen auf den Lande in Italien lebt, pflegt alljährlich, auf die Bitte des hochverdienten Direktors des Florentiner Deutschen Kunsthistorischen Instituts, die jüngeren Gelehrten bei sich zu sehen, die um die Osterzeit dorthin überwintern, gelegentlich von Kursen und Führungen seine nähere Landschaft berühren. Man sitzt freundschaftlich bei leichter Bewirtung eine Stunde lang zusammen, Kurslieder und Hausherr wechseln Begrüßungen von lächelnder Feierlichkeit und gegenseitiger Verbindlichkeit, es wird der deutschen Universitäten und ihres Wertes für Poesie und Literatur ehrenvoll gedacht, ein altes toskanisches Landhaus wird gezeigt, und es ist einmal vorgekommen, daß der sonst eher trübsinnlebende Wirt unaufhörlich Bitten nachgeben und ein Stück einer recht prekären Arbeit mit allen Vorbehalten mitgeteilt hat: Man trennt sich und bleibt einander in freundlichem Gedächtnis.

Nicht alle allen, wie es scheint, denn einem der jungen Herren ist etwas in die Kranne gestiegen, — wer weiß wie? Er liest Monate danach in einem Literaturblatt — dem gleichen wie oben — einen Aufsatz, in dem Schmied den Verfasser dieser Zeilen teils bohnlachend entlarvt, teils mit Brillanten, für fünf Pfennig die Zeile, für immer zudeckt: das ist ihm aus der Seele gesprochen, er springt auf, steckt unverweilt eine Feder ins Tintenfaß, um einen ganz unbesonnenen Brief an den Brillantenmann zu schreiben. Er muß nun damit herausgehen, was „wir Jungen" an dem Opfer der rächenden Rezensentenfeder — den Verfasser — „nicht schätzen". Er muß es verraten, daß ein Wirt von damals „trotz aller Herzlichkeit des Umgangs" in der nationalpatischen Energie seines Schlußsatzes zum Ausdruck kommt mit Mussolini habe! Er muß das Lob der Universitäten, die er als Student kennen gelernt hat, nennen, um an denen der alte „Zumpfhuhn" immer weiter getrieben werde, als lächerlich zurückzuweisen. Er hat den unsäglichen Einfall, das Bekenntnis mit dem vollen Namen zu unterschreiben, den er noch ein ganzes Leben lang wird tragen müssen: und der Herausgeber, der den Brief empfängt und das Angebotene und dazu die Literatururteile liest, die hier zerschmettern werden sind — Götter, welch ein Zeug! —, hat den armseligen Mut, ihn vollmamentlich abzudrucken, unter der Maske der Ausführlichkeit für die „Jugend", in der Literatur das Unglücksfind öffentlich zu prostituieren.

Es ist ein unreifer Knabe; und Wert Brecht ist in seinen „Werken", bekanntlich, ein talentloser Dilettantiserer von diesem Kaliber, der sich fast aufraut um wie ein echter Berichter zu wirken: höher geht die Vorstellung vom Genie nicht, die so arme und ungebildete Gestalten in einer Zeit leerer Lärmmacherei aufbringen. Am einen wie am anderen ist gar nichts Neues; Halcantum und falsche Kraftgestalt, die sich beide mit Wert Brecht prüfen und doch darauf sind, nichts lernen zu wollen, hat es in allen Jahrhunderten gegeben und sie nur darum nicht bekannt, weil die Geschichte sich nicht damit abgibt, Eintagsfliegen zu konservieren.

Aber in der Perspektive, die uns täglich aufgedrängt wird, sind dies angeblich nicht die immer gleichen Dinge der immergleichen nordischen und annahenden Zunzeiten, sondern wir werden mit ihnen als mit „Faktoren der Zeit" in einer nachgerade unerträglichen Weise gelangweilt. Es ist kein Ende mehr mit „den Jungen", „uns Jungen" und „uns Jüngsten", dafür aber liegt der Anfang dieses kunstlich aufgeregten Geredes so reichlich weit zurück, daß keine frühesten Aspiranten, den Jahren

Gedanken zur Schlichtungsreform

Das Kernstück jeder Schlichtungsreform muß in der Verbindlichkeitserklärung liegen, da von hier aus das ganze System maßgebend beeinflußt wird. Ueber die Notwendigkeit einer starken Einsichtnahme der Zwangsinstanz sind wohl alle Parteien einig; weniger jedoch über die Motive dieser Forderung und über die Mittel und Wege, die zu ihrer Durchführung führen. Wir haben bei unseren bekannten Vorschlägen bewußt die Kritik beiseite geschoben, die sich aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gegen die herrschende Schlichtungspraxis ergeben mag. Wird man doch mit mit Sicherheit feststellen können, ob die ökonomische ratio sich mit mehr Erfolg durchsetzen hätte, wenn in den letzten zehn Jahren kein einziger Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden wäre. Und ebensowenig kann man den Arbeiter vorstellen, der in dem Eingriff des Staates eine Minderung seiner Ansprüche zu erblicken glaubt. Nur die psychologischen Fehler des Zuspruchs, die Erziehung der Parteien zur Verantwortungslosigkeit, unehrlichen Taktik usw. sind Erkenntnisse, auf deren Grundlage sich eine Reform aufbauen läßt.

Die Parteien müssen in ihren Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen wieder an die Einsatzfähigkeit eines jetzt fast fehlenden Mittels, sowie an die Uebernahme der vollen Verantwortung gewöhnt werden. Das ist nur dadurch möglich, daß ein sehr starker Unsicherheitsfaktor in die Erklärung einer Verbindlichkeit eingebaut wird. In diesem Zwecke schlagen wir vor, daß eine von politischen oder parlamentarischen Instanzen unabhängige Reichsschiedsstelle die Möglichkeit erhält, mit Zweidrittel-Mehrheit einen Schiedsspruch verbindlich zu machen, unter der Voraussetzung, daß der Arbeitsschiffs sehr wichtige Allgemeininteressen, insbesondere lebensnotwendige Interessen berührt. Wir sind uns wohl bewußt, daß diese Konstruktion keineswegs eine unbedingte Gewähr für die Abwendung aller sozialen Gefahren von der Allgemeinheit bietet; wir rechnen sogar damit, daß gelegentlich diese Allgemeinheit gewaltige Opfer übernehmen muß, wenn es sich darum handelt, die Konsequenzen eines schweren Arbeitskampfes zu ziehen, ohne daß ein bisher entscheidendes „öffentliches Interesse" die Regierung als Friedensdiktator aufruft. Diese Opfer dürften aber nicht vergeblich gebracht werden; denn haben erst einmal die Parteien klar erkannt, daß sie nach der — vielleicht zufälligen — Ablehnung einer Verbindlichkeitserklärung durch die Reichsschiedsstelle nur auf sich selbst und auf die gegenseitige Verständigung angewiesen sind, so werden sie nach einer kurzen Uebergangszeit sehr bald ihre Taktik und ihre Forderungen umstellen, wodurch die Gefahr neuer großer Arbeitskämpfe wieder vermindert wird. Nur durch eine möglichst weitgehende Ausschaltung politisch-parlamentarischer Einflüsse aus der Schlichtungspraxis kann das von uns erstrebte Ziel erreicht werden, nicht jedoch durch einen noch so sicheren Wunsch des Arbeitsministers, die Verbindlichkeitserklärung im Sinne des Gesetzes lediglich als sicheren Notbehelf anzuwenden. Beweis genug ist eine ministerielle Verfügung an die Schlichter vom Mai 1924, worin klar und deutlich zu lesen war: „Die Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen läßt nur dann den gewünschten Erfolg erwarten, wenn der staatliche Zwang eine Ausnahme bildet." Die Entwicklung war eben stärker als der feste Vorsatz der Regierung, die allzu oft unter dem Druck isolierter oder politischer Machtverhältnisse, der öffentlichen Meinung oder geschickter Schachzüge der Streitparteien eine Verbindlichkeit aussprechen zu müssen meinte.

Nun glauben manche Kritiker, eine Verbesserung der Lage dadurch herbeiführen, daß sie die Verbindlichkeitserklärung des Arbeitsministers von der Zustimmung des